

Verteilungsstatistik war geschönt – Revision durch Bundesamt ergab deutlich höhere Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Kennziffern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und finanzieller Umbrüche Allgemeingut geworden. Mit ihnen bewaffnen sich die Kontrahenten, um ihren Auffassungen das erforderliche Gewicht zu verleihen. Dabei wird unterstellt, dass die von einer unabhängigen Behörde gelieferten Daten exakt, sicher und unwiderlegbar sind. Tatsächlich besitzen solche Daten eine geringe Halbwertszeit, denn sie werden permanent überprüft, präzisiert und korrigiert.

Vor einigen Tagen hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden Daten zur „großen Revision“ volkswirtschaftlicher Kennziffern für den Zeitraum 1991 bis 2010 publiziert. Darin wird beispielsweise der Ablauf der letzten Krise leicht korrigiert – der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 betrug nunmehr 5,1 Prozent statt wie bisher angegeben 4,9 Prozent. Der folgende Aufschwung 2010 verwandelt sich von ursprünglich 3,6 Prozent auf 3,7 Prozent. Für Experten sind derartige Korrekturen normal und verständlich, denn derartige Größen sind nicht mit der Genauigkeit einer Apothekerwaage zu berechnen.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erschöpft sich indes nicht allein auf die Berechnung des Volumens des Bruttoinlandsprodukts. Es gibt zahlreiche andere Größen, bei denen das Statistische Bundesamt mit dieser Revision zum Teil erhebliche Korrekturen vornimmt. In der Bundesrepublik wird seit mehreren Jahren über die Verteilung des Reichtums heftig diskutiert, denn die Kluft ist stetig angewachsen, so das einhellige Urteil vieler Experten. Mit seiner „großen Revision“ hat das Statistische Bundesamt jetzt neue Daten zur Verteilung des Volkseinkommens vorgelegt. Dieses ist die Summe aller von Inländern im Laufe eines Jahres aus dem In- und Ausland bezogenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen wie Löhne, Gehälter, Mieten, Zinsen, Pachten und Gewinne. So betrachtet besteht das Volkseinkommen aus zwei Bestandteilen: den Arbeitnehmerentgelten plus den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Ausgerechnet bei dieser volkswirtschaftlichen Kennziffer erfolgte eine wunderliche Metamorphose: Je länger sie zurückliegen, desto größer wurden die Korrekturen zu Gunsten der Position „Unternehmens- und Vermögenseinkommen“. Nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, publiziert Anfang 2005, nahmen die Empfänger von Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Jahr 2004 noch 484 Milliarden Euro ein, später wurde dieser Betrag auf 535 Milliarden hochgerechnet und jetzt wird festgestellt, es waren eigentlich 541 Milliarden Euro, also fast zwölf Prozent mehr als zunächst ausgewiesen. Für die Folgejahre 2006 und 2007 gibt es etwa gleich hohe Korrekturen zu Gunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Der andere Bestandteil des berechneten Volkseinkommens, die Summe aller Arbeitnehmerentgelte, wurde dagegen kaum verändert. Daher wurde der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen in den zurückliegenden Jahren zu hoch ausgewiesen. So wurde für das Jahr 2004 zunächst eine Lohnquote von 70,1 Prozent ausgewiesen, in der neuen Berechnung sind es nur noch 67,9 Prozent. Für 2006 wurde die Lohnquote von ursprünglich 66,2 Prozent auf nur noch 63,9 Prozent reduziert.

Diese Revision ist indes nicht nur für Statistiker von Interesse, sondern wird rückblickend auch zum Politikum: Mit diesen unzuverlässigen Daten wurde im Verteilungskampf zwischen Unternehmen und Vermögensbeziehern auf der einen Seite sowie den Gewerkschaften als Repräsentanten der abhängig Beschäftigten auf der anderen Seite mit gezinkten Karten gearbeitet. Dies gereichte den Gewerkschaften zum Nachteil. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, denn derartige Korrekturen gab es bereits in den vergangenen Jahren. Eine Behörde, die in der Lage ist, die genaue Zahl der eingelegten Bruteier und geschlüpften Truthühnerküken sekundenschnell zu liefern oder die Ausgaben für das Internet von Jugendlichen aus einem Hartz-IV-Haushalt mit Genauigkeit von Eurocent zu berechnen, sollte seine Ressourcen besser nutzen, verlässlichere Daten für die wirklich wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zur Verfügung zu stellen.

Erschienen in: Neues Deutschland, 13. September 2011